

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Abkommen vom 6. Februar 2006

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien

zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Problem und Ziel

Doppelbesteuerungen stellen bei internationaler wirtschaftlicher Betätigung ein erhebliches Hindernis für Handel und Investitionen dar. Durch das vorliegende Abkommen sollen derartige steuerliche Hindernisse zur Förderung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien besser abgebaut werden, als es nach dem im Verhältnis zur Republik Kroatien noch weiter geltenden deutsch-jugoslawischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 26. März 1987 (BGBl. 1988 II S. 745) möglich ist.

B. Lösung

Das Abkommen vom 6. Februar 2006 enthält die dafür notwendigen Regelungen. Es entspricht im Wesentlichen dem OECD-Musterabkommen. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsaufgaben ohne Vollzugsaufwand

Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine nennenswerten Auswirkungen. Steuermindereinnahmen in einzelnen Bereichen dürften sich durch Steuermehreinnahmen in anderen Bereichen weitgehend ausgleichen.

2. Vollzugsaufwand

Kein nennenswerter Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Keine

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 16. Oktober 2006

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 6. Februar 2006
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 826. Sitzung am 13. Oktober 2006 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 6. Februar 2006
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kroatien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 6. Februar 2006 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits müssen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen deutscher Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe gewährt werden. Die Änderung des bisherigen Rechtszustands führt zu Mehr- oder Mindereinnahmen bei den vom Abkommen betroffenen Steuern von Bund, Ländern und Gemeinden. Steuermindereinnahmen in gewissen Bereichen dürfen allerdings durch Steuerverzichte von Kroatien weitgehend ausgeglichen werden. Die Wirtschaft wird durch das Abkommen entlastet, da steuerliche Hindernisse im bilateralen Wirtschaftsverkehr beseitigt werden. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kroatien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

**Ugovor
između Savezne Republike Njemačke
i Republike Hrvatske
o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja
porezima na dohodak i na imovinu**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Kroatien –

Savezna Republika Njemačka
i
Republika Hrvatska –

von dem Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen –

želeći sklopiti Ugovor o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja porezima na dohodak i na imovinu –

sind wie folgt übereingekommen:

sporazumjele su se kako slijedi:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Članak 1.

Osobe na koje se primjenjuje Ugovor

Ovaj Ugovor primjenjuje se na osobe koje su rezidenti jedne ili objiju država ugovornica.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Republik Kroatien:
die Gewinnsteuer,
die Einkommensteuer und
der Hebeszuschlag auf die Einkommensteuer,
einschließlich sonstiger auf diese Steuern erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als „kroatische Steuer“ bezeichnet);

Članak 2.

Porezi na koje se primjenjuje Ugovor

(1) Ovaj se Ugovor primjenjuje na poreze na dohodak i imovinu koji su uvedeni za račun jedne od država ugovornica, jedne od njezinih pokrajina ili jednog od njezinih lokalnih tijela, neovisno o načinu na koji se ubiru.

(2) Porezima na dohodak i na imovinu smatraju se svi porezi koji se ubiru na ukupni dohodak, ukupnu imovinu, ili na dijelove dohotka ili imovine, uključujući i poreze na dobit od otuđenja pokretne ili nepokretne imovine, te poreze na ukupne iznose plaća kao i poreze na porast imovine.

(3) Trenutno postojeći porezi na koje se primjenjuje ovaj Ugovor posebno su:

- a) u Republici Hrvatskoj:
porez na dobit,
porez na dohodak i
prirez porezu na dohodak,
uključujući prireze koji se uvedu na te poreze
(u daljnjem tekstu „hrvatski porez“);

b) in der Bundesrepublik Deutschland:

- die Einkommensteuer,
- die Körperschaftsteuer,
- die Vermögensteuer und
- die Gewerbesteuer,
- einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge

(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Kroatien. Die Ausdrücke „Bundesrepublik Deutschland“ und „Republik Kroatien“ umfassen das Hoheitsgebiet des betreffenden Vertragsstaats sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, seines Untergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, in dem der betreffende Vertragsstaat in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- e) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“:
 - aa) in Bezug auf die Republik Kroatien
 - alle natürlichen Personen, die die kroatische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Kroatien geltenden Recht errichtet worden sind;
 - bb) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
 - alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
- g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“:
 - aa) in der Republik Kroatien der Minister der Finanzen oder sein bevollmächtigter Vertreter;

b) u Saveznoj Republici Njemačkoj:

- porez na dohodak,
- korporacijski porez,
- porez na imovinu i
- porez na obavljanje djelatnosti,
- uključujući ostale prireze koji se uvedu na te poreze

(u daljnjem tekstu „njemački porez“).

(4) Ovaj se Ugovor primjenjuje i na sve iste ili bitno slične poreze koji budu uvedeni nakon dana potpisivanja ovog Ugovora uz navedene poreze ili umjesto njih. Nadležna tijela država ugovornica priopćavat će jedna drugima sve bitne promjene u svojim poreznim zakonima.

Članak 3.

Opće definicije

(1) Za potrebe ovog Ugovora, ako iz sadržaja ne proizlazi drukčije:

- a) izrazi „država ugovornica“ i „druga država ugovornica“ označavaju, ovisno o sadržaju, Saveznu Republiku Njemačku ili Republiku Hrvatsku. Izrazi „Savezna Republika Njemačka“ i „Republika Hrvatska“ označavaju državno područje dotične države ugovornice kao i područje mora koje se nastavlja na vanjsku granicu teritorijalnog mora, uključujući morsko dno i podzemlje te vodeni stup koji se nalazi iznad, a na kojima dotična država ugovornica u skladu s međunarodnim pravom i svojim unutarnjim propisima vrši suverena prava i jurisdikciju u svrhu istraživanja, iskorištavanja, održavanja i gospodarenja živim i neživim prirodnim bogatstvima;
- b) izraz „osoba“ označava fizičke osobe i društva;
- c) izraz „društvo“ označava svaku pravnu osobu ili nositelja prava koji se u svrhu oporezivanja smatra pravnom osobom;
- d) izrazi „društvo države ugovornice“ i „društvo druge države ugovornice“ označavaju, ovisno o sadržaju, trgovačko društvo kojim upravlja rezident jedne države ugovornice ili trgovačko društvo kojim upravlja rezident druge države ugovornice;
- e) izraz „međunarodni promet“ označava svaki prijevoz brodom ili zrakoplovom koji je pod upravom društva sa sjedištem stvarne uprave u jednoj od država ugovornica, osim ako se taj prijevoz brodom ili zrakoplovom obavlja isključivo između mjesta u drugoj državi ugovornici;
- f) izraz „državljanin“ označava:
 - aa) u odnosu na Republiku Hrvatsku:
 - sve fizičke osobe koje imaju hrvatsko državljanstvo kao i sve pravne osobe, društva osoba i druga udruženja osoba koja su osnovana prema važećim zakonima Republike Hrvatske;
 - bb) u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku:
 - sve Nijemce u smislu Ustava Savezne Republike Njemačke kao i sve pravne osobe, društva osoba i druga udruženja osoba koja su osnovana prema važećim zakonima Savezne Republike Njemačke;
- g) izraz „nadležno tijelo“ znači:
 - aa) u slučaju Republike Hrvatske ministra financija ili njegova ovlaštenog predstavnika;

bb) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, auf die es seine Befugnisse delegiert hat.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach dem anderen Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat, seine Länder und ihre Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Eine Personengesellschaft gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

bb) u slučaju Savezne Republike Njemačke Savezno ministarstvo financija ili državno tijelo na koje je Ministarstvo prenijelo svoje ovlasti;

(2) U svrhu primjene ovoga Ugovora od strane država ugovornica, svaki izraz koji u njemu nije definiran imat će, ako sadržaj ne zahtijeva drukčije, značenje koje u tom trenutku ima prema propisima te države za potrebe poreza na koje se ovaj Ugovor primjenjuje, s tim da će značenje prema poreznim propisima koji se primjenjuju u toj državi ugovornici imati prednost u odnosu na značenje koje taj izraz ima prema drugim propisima te države ugovornice.

Članak 4.

Rezident

(1) U ovome Ugovoru izraz „rezident države ugovornice“ označava osobu koja prema zakonima te države u njoj podliježe oporezivanju na temelju svoga prebivališta, boravišta, mjesta uprave ili nekoga drugog obilježja sličnoga značenja te obuhvaća i tu državu, njezine pokrajine i njezina lokalna tijela. Ovaj izraz, međutim, ne obuhvaća osobu koja u toj državi podliježe oporezivanju samo s dohotkom iz izvora u toj državi ili imovinom koja se nalazi u toj državi.

(2) Ako je prema odredbama stavka 1. fizička osoba rezident obiju država ugovornica, tada vrijedi sljedeće:

- a) osoba se smatra rezidentom one države u kojoj ima prebivalište; a ako ima prebivalište u objema državama, smatrat će se da je rezident one države s kojom ima najuže osobne i gospodarske veze (središte životnih interesa);
- b) ako se ne može odrediti u kojoj državi ima središte životnih interesa ili ako ni u jednoj državi nema prebivalište, smatrat će se rezidentom one države ugovornice u kojoj ima uobičajeno boravište;
- c) ako osoba ima uobičajeno boravište u objema državama ili ga nema ni u jednoj od njih, smatrat će se rezidentom one države čiji je državljanin;
- d) ako je osoba državljanin obiju država ili nije državljanin ni jedne od njih, nadležna tijela država ugovornica riješit će pitanje dogovorno.

(3) Kad je zbog odredaba stavka 1. neko društvo rezident obiju država ugovornica, tada će se smatrati rezidentom one države ugovornice u kojoj se nalazi mjesto njegove stvarne uprave.

(4) Društvo osoba smatra se rezidentom one države ugovornice u kojoj se nalazi njegovo mjesto stvarne uprave.

Članak 5.

Stalna poslovna jedinica

(1) Za svrhe ovoga Ugovora, izraz „stalna poslovna jedinica“ označava stalno mjesto poslovanja preko kojega se poslovanje društva obavlja u cijelosti ili djelomično.

(2) Izraz „stalna poslovna jedinica“ uključuje posebno:

- a) mjesto uprave,
- b) podružnicu,
- c) ured,
- d) tvornicu,
- e) radionicu I
- f) rudnik, naftni ili plinski izvor, kamenolom ili neko drugo mjesto iskorištavanja prirodnih bogatstava.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den vorstehenden Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Građevinski radovi ili montaža smatraju se stalnom poslovnom jedinicom samo ako traju dulje od 12 mjeseci.

(4) Neovisno o prethodnim odredbama ovoga članka, stalnom poslovnom jedinicom ne smatra se:

- a) korištenje objekata isključivo za uskladištenje, izlaganje ili isporuku dobara ili robe koji pripadaju društvu;
- b) održavanje zaliha dobara ili robe koje pripadaju društvu isključivo u svrhu uskladištenja, izlaganja ili isporuke;
- c) održavanje zaliha dobara ili robe koje pripadaju društvu isključivo u svrhu obrade ili prerade koje obavlja drugo društvo;
- d) održavanje stalnog mjesta poslovanja isključivo u svrhu kupnje dobara ili robe ili za prikupljanje podataka za društvo;
- e) održavanje stalnog mjesta poslovanja isključivo u svrhu obavljanja pripremnih ili pomoćnih djelatnosti za društvo;
- f) održavanje stalnog mjesta poslovanja isključivo zbog kombinacije djelatnosti spomenutih u podstavcima od a) do e), pod uvjetom da cjelokupna djelatnost stalnog mjesta poslovanja, koja je posljedica te kombinacije, ima pripremno ili pomoćno značenje.

(5) Neovisno o odredbama stavaka 1. i 2., kad osoba – koja nije zastupnik sa samostalnim statusom, na koju se odnosi stavak 6. – djeluje u ime društva te ima ovlaštenje da u jednoj državi ugovornici zaključuje ugovore u ime toga društva, i to tamo uobičajeno čini, smatra se da to društvo ima stalnu poslovnu jedinicu u toj državi ugovornici u odnosu na sve aktivnosti koje ta osoba poduzima za društvo, osim ako su njezine djelatnosti ograničene na djelatnosti navedene u stavku 4. koje, ako bi se obavljale preko stalnog mjesta poslovanja, ne bi to stalno mjesto poslovanja činile stalnom poslovnom jedinicom prema odredbama navedenog stavka.

(6) Ne smatra se da društvo ima stalnu poslovnu jedinicu u jednoj državi ugovornici samo zato što svoje poslovanje u toj državi obavlja preko posrednika, generalnog komisionara ili drugog predstavnika sa samostalnim statusom ako te osobe rade u okviru svoje redovite poslovne djelatnosti.

(7) Činjenica da društvo koje je rezident države ugovornice kontrolira ili je u većinskom vlasništvu društva koje je rezident druge države ugovornice, ili koje obavlja svoju djelatnost u toj drugoj državi (preko stalne poslovne jedinice ili na drugi način), sama po sebi ne znači da se jedno društvo smatra stalnom poslovnom jedinicom drugoga društva.

Članak 6.

Dohodak od nekretnina

(1) Dohodak koji rezident jedne države ugovornice ostvari od nekretnina (uključujući dohodak od poljoprivrede ili šumarstva), koje se nalaze u drugoj državi ugovornici, može se oporezivati u drugoj državi ugovornici.

(2) Izraz „nekretnina“ ima značenje prema propisima države ugovornice u kojoj se predmetna imovina nalazi. Taj izraz u svakom slučaju uključuje imovinu koja pripada uz nekretninu, stoku i opremu koje se koriste u poljoprivredi i šumarstvu, prava na koja se primjenjuju odredbe propisa privatnog prava o zemljištu, pravo plodouživanja nekretnine, te prava na isplate promjenjivih ili fiksnih naknada za iskorištavanje ili pravo na iskorištavanje rudnih nalazišta, izvora i drugih prirodnih bogatstava; brodovi i zrakoplovi ne smatraju se nekretninama.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Für Zwecke dieses Artikels beinhalten die Begriffe „Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr“ und „Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen“, auch die Gewinne aus der

(3) Odredbe stavka 1. primjenjuju se na dohodak koji se ostvaruje od izravnog korištenja, davanja u zakup ili najam te od svakog drugog oblika korištenja nekretnine.

(4) Odredbe stavaka 1. i 3. primjenjuju se i na dohodak od nekretnina društva i na dohodak od nekretnina koje se koriste za obavljanje samostalne djelatnosti.

Članak 7.

Dobit od poslovanja

(1) Dobit od poslovanja društva jedne države ugovornice oporezuje se samo u toj državi, osim ako društvo posluje u drugoj državi ugovornici preko stalne poslovne jedinice koja se u njoj nalazi. Ako društvo posluje na taj način, dobit društva može se oporezivati u toj drugoj državi ugovornici, ali samo onaj iznos dobiti koji se može pripisati toj stalnoj poslovnoj jedinici.

(2) U skladu s odredbama stavka 3. ovoga članka, ako društvo države ugovornice posluje u drugoj državi ugovornici preko stalne poslovne jedinice koja se u njoj nalazi, u svakoj se državi ugovornici smatra da stalna poslovna jedinica svojom djelatnošću ostvaruje dobit koju bi mogla ostvariti kad bi bila zasebno i nezavisno društvo koje se bavi istim ili sličnim poslovanjem pod istim ili sličnim uvjetima te kad bi poslovala potpuno samostalno s društvom čija je stalna poslovna jedinica.

(3) Pri utvrđivanju dobiti stalne poslovne jedinice, kao odbici se priznaju troškovi nastali za potrebe stalne poslovne jedinice, uključujući upravne i opće administrativne troškove, bilo da su nastali u državi u kojoj se nalazi stalna poslovna jedinica ili drugdje.

(4) Ako je u državi ugovornici uobičajeno utvrđivati dobit stalne poslovne jedinice na temelju raspodjele ukupne dobiti društva na njezine različite dijelove, stavak 2. ne sprječava tu državu ugovornicu da uobičajenom raspodjelom odredi oporezivu dobit. Odabran način raspodjele dobiti mora biti takav da rezultat bude u skladu s načelima sadržanima u ovom članku.

(5) Neće se smatrati da stalna poslovna jedinica ostvaruje dobit samo zbog toga što kupuje dobra ili robu za društvo.

(6) U primjeni prethodnih odredaba ovoga članka, dobit stalne poslovne jedinice određuje se na isti način svake godine, osim ako postoji opravdan i dovoljan razlog da se postupi drukčije.

(7) Ako dobit uključuje i dijelove dohotka koji su na poseban način uređeni u drugim člancima ovoga Ugovora, odredbe ovoga članka ne utječu na odredbe tih članaka.

Članak 8.

Pomorski, riječni i zračni promet

(1) Dobit od korištenja pomorskih brodova ili zrakoplova u međunarodnom prometu oporezuje se samo u državi ugovornici u kojoj je sjedište stvarne uprave društva.

(2) Dobit od korištenja riječnih brodova na unutarnjim plovnicama oporezuje se samo u državi ugovornici u kojoj je sjedište stvarne uprave društva.

(3) Za potrebe ovoga članka, izrazi “dobit od korištenja pomorskih brodova i zrakoplova u međunarodnom prometu” i “dobit od korištenja riječnih brodova na unutarnjim plovnicama” sadrže i dobit ostvarenu od

- a) gelegentlichen Vercharterung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen oder Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und
- b) Nutzung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailer und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dient),

wenn diese Tätigkeiten in Ergänzung zu dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr oder von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, erfolgen.

(4) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(5) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) povremenog davanja u zakup praznih pomorskih brodova, zrakoplova ili riječnih brodova na unutarnjim plovnim putovima, te
- b) korištenja ili davanja u zakup kontejnera (uključujući prikolice i odgovarajuću opremu koja služi za prijevoz kontejnera),

ako se te djelatnosti obavljaju uz korištenje pomorskih brodova ili zrakoplova u međunarodnom prometu ili riječnih brodova na unutarnjim plovnim putevima.

(4) Ako je sjedište stvarne uprave društva koje se bavi međunarodnim pomorskim prometom ili društva koje se bavi prometom na unutarnjim plovnim putevima na pomorskom ili riječnom brodu, smatra se da se nalazi u državi ugovornici u kojoj je matična luka pomorskog ili riječnog broda ili ako nema matične luke, u državi ugovornici, čiji je rezident korisnik pomorskog ili riječnog broda.

(5) Odredba stavka 1. primjenjuje se i na dobit od udjela u nekom poslu (pool), zajedničkom poslovanju ili u međunarodnoj poslovnoj agenciji.

Članak 9.

Povezana društva

(1) Ako:

- a) društvo države ugovornice sudjeluje izravno ili neizravno u upravi, kontroli ili kapitalu društva druge države ugovornice, ili
- b) iste osobe sudjeluju izravno ili neizravno u upravi, kontroli ili kapitalu društva države ugovornice i društva druge države ugovornice,

i ako su u tim slučajevima između ta dva društva u njihovim trgovačkim ili financijskim odnosima utvrđeni ili određeni uvjeti različiti od onih koji bi bili određeni između samostalnih društava, dobit koja bi se ostvarila kad takvi uvjeti ne bi postojali, a zbog tih uvjeta nije ostvarena, može se pripisati dobiti tog društva i prema tome oporezivati.

(2) Ako država ugovornica u dobit društva te države uključuje – i prema tome oporezuje – dobit na koju je društvo druge države ugovornice već bilo oporezivano u toj drugoj državi, a takva dobit je ona koju bi prvo društvo ostvarilo da su uvjeti dogovoreni između ta dva društva bili jednaki onima koje bi međusobno dogovorila samostalna društva, tada će ta druga država na odgovarajući način prilagoditi iznos poreza koji je u njoj utvrđen na tu dobit. Pri toj prilagodbi trebaju se uzeti u obzir druge odredbe ovoga Ugovora, a ako je potrebno, nadležna tijela država ugovornica međusobno će se savjetovati.

Članak 10.

Dividende

(1) Dividende koje društvo rezident države ugovornice plaća rezidentu druge države ugovornice mogu se oporezivati u toj drugoj državi.

(2) Međutim, takve dividende mogu se oporezivati i u državi ugovornici čiji je rezident društvo koje plaća dividende, i to prema zakonima te države, ali ako je stvarni korisnik dividendi rezident druge države ugovornice, tada porez ne smije biti veći od:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.
- a) 5% od bruto-iznosa dividendi ako je stvarni korisnik društvo (ali ne društvo osoba) koje izravno posjeduje najmanje 10% kapitala društva koje isplaćuje dividende;
- b) 15% od bruto-iznosa dividendi u svim ostalim slučajevima.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden,

Odredbe ovoga stavka ne utječu na oporezivanje dobiti društva iz koje se isplaćuju dividende.

(3) Izraz “dividenda” upotrijebljen u ovome članku označava dohodak od dionica ili “jouissance” dionica ili “jouissance” prava, rudarskih dionica, osnivačkih udjela ili druge vrste dohotka koji podliježe istom poreznom postupku kao i dohodak od dionica te isplata na temelju isprava o udjelu u investicijskoj imovini prema zakonima države čiji je rezident društvo koje obavlja raspodjelu.

(4) Odredbe stavaka 1. i 2. ovog članka ne primjenjuju se ako stvarni korisnik dividendi, koji je rezident države ugovornice, posluje u drugoj državi ugovornici čiji je rezident društvo koje isplaćuje dividende preko stalne poslovne jedinice koja se nalazi u toj državi ili u toj drugoj državi obavlja samostalnu djelatnost iz stalnog sjedišta, a udio na osnovi kojega se dividende isplaćuju stvarno je povezan sa stalnom poslovnom jedinicom ili stalnim sjedištem. U tom se slučaju primjenjuju odredbe članka 7. odnosno članka 14.

(5) Ako društvo koje je rezident jedne države ugovornice ostvaruje dobit ili dohodak iz druge države ugovornice, ta druga država ne smije oporezivati dividende koje isplaćuje to društvo, osim ako su te dividende isplaćene rezidentu te druge države ili ako je udio zbog kojega se dividende isplaćuju stvarno povezan sa stalnom poslovnom jedinicom ili sa stalnim sjedištem u toj drugoj državi, niti može oporezivati neraspodijeljenu dobit društva, pa čak ni onda ako se isplaćene dividende ili neraspodijeljena dobit u cijelosti ili djelomično sastoje od dobiti ili dohotka nastalog u toj drugoj državi.

Članak 11.

Kamate

(1) Kamate nastale u državi ugovornici, a isplaćene rezidentu druge države ugovornice, mogu se oporezivati samo u toj drugoj državi ugovornici, ako je ta osoba stvarni korisnik.

(2) Izraz “kamate” za potrebe ovoga članka označava prihod od potraživanja bilo koje vrste, čak i kada su potraživanja osigurana založnim pravom na zemljištu, a posebice prihode od državnih vrijednosnica, obveznica ili zadužnica, uključujući s time povezane premije i nagrade u svezi s lutrijskim obveznicama. Zatezne kamate zbog zakašnjela plaćanja ne smatraju se kamata u smislu ovoga članka.

(3) Odredbe stavka 1. ovoga članka ne primjenjuju se ako stvarni korisnik prava, koji je rezident jedne države ugovornice, u drugoj državi ugovornici, u kojoj su te kamate nastale, posluje preko stalne poslovne jedinice koja se u njoj nalazi ili u toj drugoj državi obavlja samostalnu djelatnost iz stalnog sjedišta, a potraživanje na koje se plaćaju kamate stvarno je povezano s takvom stalnom poslovnom jedinicom ili stalnim sjedištem. U tom se slučaju primjenjuju odredbe članka 7. odnosno članka 14.

(4) Smatra se da kamate nastaju u državi ugovornici kad je isplatiatelj ta država, njezina pokrajina, lokalno tijelo ili rezident te države. Međutim, ako isplatiatelj kamata, bez obzira na to je li rezident države ugovornice ili nije, u državi ugovornici ima stalnu poslovnu jedinicu ili stalno sjedište u vezi s kojima je nastalo dugovanje na koje se kamate plaćaju, a takve kamate snosi stalna poslovna jedinica ili stalno sjedište, tada se smatra da kama-

für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich Filme, Tonbänder oder anderer Träger für Rundfunk- oder Fernsehübertragungen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

te nastaju u državi u kojoj se nalazi poslovna jedinica ili stalno sjedište.

(5) Ako je zbog posebnog odnosa između isplatitelja i stvarnog korisnika kamate, ili između svakog od njih i neke treće osobe, iznos kamata, uzimajući u obzir potraživanja na koja se kamate plaćaju, veći od iznosa koji bi bio ugovoren između isplatitelja i stvarnog korisnika kamate da nema takva odnosa, odredbe ovoga članka primjenjuju se samo na zadnje spomenuti iznos. U tom se slučaju više plaćeni iznos oporezuje prema zakonima svake države ugovornice, uzimajući u obzir druge odredbe ovoga Ugovora.

Članak 12.

Autorske naknade

(1) Autorske naknade nastale u državi ugovornici i isplaćene rezidentu druge države ugovornice mogu se oporezivati samo u drugoj državi, ako je ta osoba stvarni korisnik.

(2) Izraz „autorske naknade“ za potrebe ovoga članka označava sve naknade koje se plaćaju za korištenje ili za pravo korištenja bilo kojega autorskog prava na književno, umjetničko ili znanstveno djelo, uključujući i filmove, vrpce ili druga sredstva za emitiranje na radiju ili televiziji, svakog patenta, zaštitnog znaka, uzorka ili modela, plana, tajnih formula ili postupaka, ili za obavijesti koje se odnose na industrijsko, trgovačko ili znanstveno iskustvo.

(3) Odredbe stavka 1. ovoga članka ne primjenjuju se ako stvarni korisnik prava, koji je rezident države ugovornice, posluje u drugoj državi ugovornici, u kojoj su nastale autorske naknade, preko stalne poslovne jedinice koja se u njoj nalazi ili u toj drugoj državi obavlja samostalnu djelatnost iz stalnog sjedišta koje se u njoj nalazi, a prava ili imovina zbog kojih su plaćene autorske naknade stvarno su povezana s takvom stalnom poslovnom jedinicom ili stalnim sjedištem. U tom se slučaju primjenjuju odredbe članka 7. odnosno članka 14.

(4) Smatra se da autorske naknade nastaju u državi ugovornici kad je isplatitelj sama ta država, njezina pokrajina, lokalno tijelo ili rezident te države ugovornice. Međutim, ako osoba koja plaća autorske naknade, bilo da je rezident države ugovornice ili nije, u državi ugovornici ima stalnu poslovnu jedinicu ili stalno sjedište u svezi s kojim je nastala obveza isplate autorske naknade, a takve naknade snosi ta stalna poslovna jedinica ili stalno sjedište, tada se smatra da takve naknade nastaju u državi ugovornici u kojoj se nalazi stalna poslovna jedinica ili stalno sjedište.

(5) Ako je zbog posebnog odnosa između isplatitelja i stvarnog korisnika autorske naknade, ili između svakog od njih i neke treće osobe, iznos autorskih naknada, uzimajući u obzir iznos koji je za njih plaćen, veći od iznosa koji bi bio ugovoren između isplatitelja i stvarnog korisnika autorske naknade da nema takva odnosa, odredbe ovoga članka primjenjuju se samo na zadnji iznos. U tom se slučaju više plaćeni iznos oporeziv prema propisima svake države ugovornice, uzimajući u obzir druge odredbe ovoga Ugovora.

Članak 13.

Dobit od otuđenja imovine

(1) Dobit koju rezident države ugovornice ostvari od otuđenja nekretnina u smislu članka 6., a koje se nalaze u drugoj državi ugovornici, može se oporezivati u toj drugoj državi ugovornici.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen unmittelbar oder mittelbar überwiegend aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen und Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(2) Dohot od otuđenja dionica i ostalih udjela u društvu, čija se aktivna imovina izravno ili neizravno sastoji uglavnom od nekretnina koje se nalaze u državi ugovornici, može se oporezivati u toj državi ugovornici.

(3) Dohot od otuđenja pokretne imovine koja čini dio poslovne imovine stalne poslovne jedinice koju društvo države ugovornice ima u drugoj državi ugovornici, ili pokretne imovine koja pripada stalnom sjedištu rezidenta države ugovornice u drugoj državi ugovornici za svrhe obavljanja samostalne djelatnosti, uključujući dobit od otuđenja takve stalne poslovne jedinice (same ili zajedno s cijelim društvom) ili takva stalnog sjedišta, može se oporezivati u toj drugoj državi.

(4) Dohot od otuđenja pomorskih brodova ili zrakoplova koji se koriste u međunarodnom prometu ili riječnih brodova koji se koriste u prometu na unutarnjim plovnicama ili od pokretne imovine koja služi za korištenje pomorskih ili riječnih brodova ili zrakoplova oporezuje se samo u onoj državi ugovornici u kojoj se nalazi sjedište stvarne uprave društva.

(5) Dohot od otuđenja imovine na koju se ne odnose stavci od 1. do 4. oporezuje se samo u državi ugovornici u kojoj je otuđitelj rezident.

Članak 14.

Samostalna djelatnost

(1) Dohodak koji ostvari fizička osoba koja je rezident države ugovornice od profesionalnih djelatnosti ili drugih sličnih samostalnih djelatnosti oporezuje se samo u toj državi, osim ako u drugoj državi ugovornici ima stalno sjedište koje mu redovito stoji na raspolaganju za obavljanje njegovih djelatnosti. U tom se slučaju u toj drugoj državi može oporezivati samo onaj dio dohotka koji se može pripisati tom stalnom sjedištu.

(2) Izraz „profesionalne djelatnosti“ uključuje posebno samostalne znanstvene, književne, umjetničke, obrazovne ili nastavne djelatnosti te samostalne djelatnosti liječnika, zubara, odvjetnika, inženjera, arhitekata i knjigovođa.

Članak 15.

Nesamostalni rad

(1) U skladu s odredbama članaka od 16. do 19., plaće i slična primanja koje rezident države ugovornice ostvaruje od nesamostalnog rada oporezuju se samo u toj državi, osim kada se radi o nesamostalnom radu u drugoj državi ugovornici. Ako se radi o takvom nesamostalnom radu, primanje koje se od toga ostvaruje može se oporezivati u toj drugoj državi ugovornici.

(2) Neovisno o odredbama stavka 1., primanje koje rezident države ugovornice ostvaruje od nesamostalnog rada u drugoj državi ugovornici, oporezuje se samo u prvospomenutoj državi:

- a) ako primatelj u drugoj državi ne boravi duže od ukupno 183 dana u razdoblju od 12 mjeseci koje počinje ili završava za vrijeme dotične porezne godine, i
- b) ako primanja isplati poslodavac koji nije rezident druge države ugovornice ili se ona isplate u njegovo ime, i
- c) ako primanje ne tereti stalnu poslovnu jedinicu ili stalno sjedište koje poslodavac ima u toj drugoj državi.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes im Binnenverkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

(5) Beiträge, die für eine in einem Vertragsstaat unselbständig tätige Person im anderen Vertragsstaat gemäß den dort geltenden Vorschriften zur gesetzlichen Sozialversicherung geleistet werden, sind in dem erstgenannten Staat bei der Ermittlung des von der Person zu versteuernden Einkommens in der gleichen Weise, unter den gleichen Bedingungen und in demselben Umfang zu behandeln wie Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, die nach den Rechtsvorschriften des erstgenannten Vertragsstaats geleistet und steuerlich anerkannt werden, vorausgesetzt, dass

- a) die Person unmittelbar vor Aufnahme ihrer Tätigkeit nicht in diesem Staat ansässig war und bereits Beiträge an die Sozialversicherung im anderen Staat für diese Person entrichtet worden sind, und
- b) die zuständigen Behörden des erstgenannten Staates festgestellt haben, dass die Einrichtungen, an die die Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden, allgemein denjenigen Einrichtungen entsprechen, die in diesem Staat als solche für steuerliche Zwecke anerkannt sind.

Für die Zwecke dieses Absatzes bedeutet der Ausdruck „gesetzliche Sozialversicherung“:

- aa) für die Republik Kroatien: Krankenversicherung, Renten- und Arbeitslosenversicherung, die an die gesetzlich bestimmten Sozialversicherungsanstalten geleistet werden;
- bb) für die Bundesrepublik Deutschland: Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung und Arbeitslosenversicherung, die an die gesetzlich bestimmten Sozialversicherungsanstalten geleistet werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließend Einkünfte im Sinne des Absatzes 1 nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Kassen des anderen Staates oder einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von

(3) Odredbe stavka 2. ovoga članka ne primjenjuju se na primanja u okviru ustupanja zaposlenika.

(4) Neovisno o prethodnim odredbama ovoga članka, primanja ostvarena od nesamostalnog rada na pomorskom brodu ili zrakoplovu koji se koriste u međunarodnom prometu ili na riječnom brodu u prometu na unutarnjim plovitim putevima mogu se oporezivati u državi ugovornici u kojoj se nalazi sjedište stvarne uprave društva pod čijom upravom se brod ili zrakoplov nalazi.

(5) Doprinosi koji se za osobu koja u državi ugovornici obavlja nesamostalan rad plaćaju za obvezno socijalno osiguranje drugoj državi ugovornici u skladu s njezinim pravnim propisima, u prvospomenutoj će se državi, pri utvrđivanju oporeziva dohotka te osobe, tretirati na isti način, pod istim uvjetima i u istom opsegu kao i doprinosi za obvezno socijalno osiguranje koji se plaćaju i porezno priznaju prema pravnim propisima prvospomenute države ugovornice pod uvjetima:

- a) da osoba neposredno prije početka obavljanja svoje djelatnosti nije bila rezident te države te da su za tu osobu u drugoj državi već plaćeni doprinosi za obvezno socijalno osiguranje, i
- b) da su nadležna tijela prvospomenute države utvrdila da ustanove kojima se plaćaju doprinosi za obvezno socijalno osiguranje općenito odgovaraju ustanovama koje su u toj državi porezno priznate kao takve.

Za potrebe ovog stavka, izraz “obvezno socijalno osiguranje” označava:

- aa) za Saveznu Republiku Njemačku: zdravstveno osiguranje, mirovinsko osiguranje, osiguranje za tuđu pomoć i njegu te osiguranje za slučaj nezaposlenosti, koji se plaćaju zakonom utvrđenim ustanovama socijalnog osiguranja;
- bb) za Republiku Hrvatsku: zdravstveno osiguranje, mirovinsko osiguranje i osiguranje za slučaj nezaposlenosti, koji se plaćaju zakonom utvrđenim ustanovama socijalnog osiguranja.

Članak 16.

Naknade članova nadzornih i upravnih odbora

Naknade članova nadzornih i upravnih odbora te druga slična plaćanja koja ostvari rezident države ugovornice u svojstvu člana nadzornog ili upravnog odbora društva koje je rezident druge države ugovornice mogu se oporezivati u toj drugoj državi.

Članak 17.

Umjetnici i športaši

(1) Neovisno o odredbama članaka 7., 14. i 15., dohodak koji od svoje samostalne djelatnosti u drugoj državi ugovornici ostvari rezident države ugovornice kao umjetnik, primjerice kao kazališni, filmski, radijski i televizijski umjetnik te glazbenik, ili kao športaš, može se oporezivati u toj drugoj državi ugovornici.

(2) Ako dohodak u smislu stavka 1. ne pripadne samom umjetniku ili športašu, već nekoj drugoj osobi, taj se dohodak neovisno o odredbama članaka 7., 14. i 15. može oporezivati u državi ugovornici u kojoj umjetnik ili športaš obavlja svoju djelatnost.

(3) Odredbe stavaka 1. i 2. ne odnose se na dohodak od samostalne djelatnosti koju su umjetnici ili športaši obavili u državi ugovornici ako je boravak u toj državi u cijelosti ili pretežitom financiran iz državnih sredstava druge države, njezine pokrajine, lokalnih tijela, ili od ustanove za koju se u drugoj državi

einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannter Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Zahlungen

(1) Erhält eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten im Sinne von Absatz 4 aus dem anderen Vertragsstaat, so können diese Bezüge vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildiensts oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbarer Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1)

- a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - aa) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

- a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

smatra da je od opće koristi. U tom se slučaju prihodi mogu oporezivati samo u onoj državi ugovornici čija je ta osoba rezident.

Članak 18.

Mirovine, rente i slična primanja

(1) Prema odredbama članka 19. stavak 2., mirovine i druga slična primanja ili rente u smislu stavka 4., koja se rezidentu države ugovornice isplaćuju iz druge države ugovornice, oporezuju se samo u prispomenutoj državi.

(2) Primanja koja rezident jedne države ugovornice dobiva od zakonskog socijalnog osiguranja druge države ugovornice mogu se, neovisno o stavku 1., oporezivati samo u toj drugoj državi.

(3) Višekratne i jednokratne naknade koje država ugovornica ili lokalno tijelo isplaćuje rezidentu druge države ugovornice kao naknadu za politički progon ili za nepravdu ili štetu uslijed ratnih djelovanja (uključujući i reparacijske naknade), ili na temelju vojne ili civilne službe ili zlodjela, cijepjenja ili sličnih događaja mogu se, neovisno o stavku 1., oporezivati samo u prispomenutoj državi.

(4) Izraz „renta“ znači određeni iznos koji se treba isplaćivati redovito u točno određeno vrijeme, i to doživotno ili tijekom određenog ili ustanovljenog vremenskog razdoblja, na temelju obveze kojom su ta isplaćivanja predviđena kao zamjena za odgovarajuću naknadu u novcu ili novčanju vrijednosti.

Članak 19.

Državna služba

(1)

- a) Plaće i slična primanja, osim mirovina, koje država ugovornica, njezina pokrajina ili lokalno tijelo isplaćuje fizičkoj osobi za rad u državnoj službi te države ugovornice, njezine pokrajine ili lokalnog tijela mogu se oporezivati samo u toj državi ugovornici.
- b) Takve se plaće i slična primanja, međutim, mogu oporezivati samo u drugoj državi ugovornici ako se ta služba obavlja u toj državi i ako je fizička osoba rezident te države, te ako
 - aa) je državljanin te države ili
 - bb) nije postala rezidentom te države samo radi obavljanja te službe.

(2)

- a) Mirovine koje fizičkoj osobi isplaćuje država ugovornica, pokrajina ili lokalno tijelo ili koje se isplaćuju iz posebne imovine osnovane od te države, pokrajine ili lokalnih tijela, za rad u državnoj službi te države, pokrajine ili lokalnog tijela, mogu se oporezivati samo u toj državi.
- b) Te se mirovine, međutim, mogu oporezivati samo u drugoj državi ugovornici ako je fizička osoba rezident i državljanin te druge države ugovornice.

(3) Odredbe članaka 15., 16., 17. ili 18. primjenjuju se na plaće i slična primanja te mirovine koje se odnose na službu u svezi s djelatnošću države ugovornice, njezine pokrajine ili lokalnog tijela.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind auch für Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen anzuwenden, die an natürliche Personen für Dienste gezahlt werden, die dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und anderen ähnlichen von den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten im gegenseitigen Einvernehmen zu bestimmenden Einrichtungen geleistet werden. Unterliegen diese Zahlungen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nicht der Besteuerung, so gilt Artikel 15.

Artikel 20

Gastprofessoren, Lehrer und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung

(4) Stavak 1. ovoga članka primjenjuje se na odgovarajući način za naknade koje se u okviru programa gospodarske suradnje države ugovornice, njezine pokrajine ili lokalnih tijela isplaćuju stručnjacima ili dobrovoljcima koji su u drugu državu ugovornicu poslani uz njezinu suglasnost, i to iz sredstava koja je isključivo osigurala ta država, njezina pokrajina ili lokalno tijelo.

(5) Odredbe stavaka 1. i 2. primjenjuju se i na plaće i slična primanja koja se isplaćuju fizičkim osobama za njihov rad u Goethe institut, Njemačkoj akademskoj službi za razmjenu (Deutscher Akademischer Austauschdienst – DAAD) i drugim sličnim ustanovama koje će nadležna tijela država ugovornica utvrditi zajedničkim dogovorom. Ako ta primanja ne podliježu oporezivanju u državi ugovornici iz koje potječu, primjenjuje se članak 15.

Članak 20.

Gostujući profesori, nastavnici i studenti

(1) Fizička osoba koja na poziv države ugovornice ili sveučilišta, visokog učilišta, škole, muzeja ili neke druge kulturne ustanove te države ugovornice, ili u okviru službene kulturne razmjene, u toj državi ugovornici boravi najviše dvije godine isključivo sa svrhom podučavanja, održavanja predavanja ili istraživanja u toj ustanovi i rezident je druge države ugovornice ili je neposredno prije dolaska u prvospomenutu državu bila rezident te države, u prvospomenutoj državi je izuzeta od oporezivanja primitaka koje ostvari takvom djelatnošću, pod uvjetom da te naknade ne dobiva iz te države.

(2) Primici koje ostvari student, vježbenik ili naučnik za potrebe svoga studija ili obrazovanja, a koji jest ili je neposredno prije posjeta državi ugovornici bio rezident druge države ugovornice i koji se nalazi u prvospomenutoj državi isključivo zbog svoga studija ili obrazovanja, ne oporezuju se u toj državi, uz uvjet da ti primici proizlaze iz izvora izvan te države.

Članak 21.

Ostali dohodak

(1) Dohodak rezidenta države ugovornice, koji nije naveden u prethodnim člancima ovoga Ugovora, oporezuje se samo u toj državi, bez obzira na to gdje je nastao.

(2) Odredbe stavka 1. ne primjenjuju se na dohodak, osim na dohodak od nekretnina definiran u članku 6. stavak 2., ako primatelj takvoga dohotka, koji je rezident države ugovornice, posluje u drugoj državi ugovornici preko stalne poslovne jedinice koja se u njoj nalazi ili u toj drugoj državi obavlja samostalnu djelatnost iz stalnog sjedišta koje se u njoj nalazi, a pravo ili imovina zbog kojih se prihod isplaćuje su stvarno povezani s tom stalnom poslovnom jedinicom ili stalnim sjedištem. U tom se slučaju primjenjuju odredbe članka 7. odnosno članka 14.

Članak 22.

Imovina

(1) Imovina koju čini nepokretna imovina u smislu članka 6. stavka 2. koju posjeduje rezident države ugovornice, a koja se nalazi u drugoj državi ugovornici, može se oporezivati u drugoj državi ugovornici.

(2) Imovina koju čini pokretna imovina koja je dio poslovne imovine stalne poslovne jedinice, koju društvo države ugovornice ima u drugoj državi ugovornici, ili pokretna imovina stalnog

gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe oder Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus der Republik Kroatien sowie die in der Republik Kroatien gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Republik Kroatien besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen. Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Kroatien ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die kroatische Steuer angerechnet, die nach kroatischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:

- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Zinsen;
- cc) Lizenzgebühren;
- dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Republik Kroatien besteuert werden können;
- ee) Einkünfte, die nach Artikel 15 Absatz 3 in der Republik Kroatien besteuert werden können;
- ff) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen im Sinne des Artikels 16;
- gg) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Kroatien ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus folgenden Tätigkeiten bezieht: Herstellung, Bearbeitung, Verarbeitung oder Verkauf von Gütern und Waren, Aufsuchen oder Gewinnung von Bodenschätzen, technische Beratung oder technische Dienstleis-

sbedienungen, die in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Imovina koju čine pomorski brodovi ili zrakoplovi u međunarodnom prometu i riječni brodovi koji se koriste u prometu na unutrašnjim vodama, te pokretna imovina vezana uz korištenje tih brodova ili zrakoplova, oporezuje se samo u državi ugovornici u kojoj se nalazi sjedište stvarne uprave društva.

(4) Svi ostali dijelovi imovine rezidenta države ugovornice oporezuju se samo u toj državi.

Članak 23.

Izbjegavanje dvostrukog oporezivanja u državi prebivališta

(1) Kod rezidenta Savezne Republike Njemačke porez će se utvrđivati kako slijedi:

a) Iz porezne osnovice njemačkog poreza izuzet će se prihodi iz Republike Hrvatske kao i imovina koja se nalazi u Republici Hrvatskoj, koji se u skladu s ovim Ugovorom mogu oporezovati u Republici Hrvatskoj, a ne potpadaju pod točku b). Za prihode od dividenda prethodno navedene odredbe važe samo onda, ako se te dividende društvu (ali ne društvu osoba) rezidentu Savezne Republike Njemačke isplaćuju od društva rezidenta Republike Hrvatske, od čijeg je kapitala barem 10% neposredno u vlasništvu njemačkog društva i ako te dividende nisu odbijene kod utvrđivanja dobiti društva koje ih isplaćuje.

Za porez na imovinu od porezne se osnovice njemačkog poreza također izuzimaju udjeli, čije bi se isplate, kada bi se iste provodile prema prethodno navedenim rečenicama također morale izuzeti od porezne osnovice.

b) Na njemački se porez na dohodak, uzimajući pritom u obzir propise njemačkih poreznih propisa o uračunavanju inozemnih poreza, za sljedeće prihode uračunava hrvatski porez koji je za te prihode plaćen prema hrvatskim zakonima i u skladu s ovim Ugovorom:

- aa) dividende koje nisu navedene u točki a);
- bb) kamate;
- cc) autorske naknade;
- dd) prihodi koji se prema članku 13. stavak 2. mogu oporezivati u Republici Hrvatskoj;
- ee) prihodi koji se prema članku 15. stavak 3. mogu oporezivati u Republici Hrvatskoj;
- ff) naknade članova nadzornih i upravnih odbora u smislu članka 16.;
- gg) prihodi umjetnika i sportaša.

c) Na prihode u smislu članaka 7. i 10. i imovinu na kojima se ti prihodi temelje primjenjuju se, umjesto točke a), odredbe točke b), ako rezident Savezne Republike Njemačke ne dokaže da je stalna poslovna jedinica u onoj gospodarstvenoj godini u kojoj je ostvarila dobit ili društvo – rezident Republike Hrvatske u poslovnoj godini za koju je obavljena isplata, svoje bruto prihode ostvarila isključivo ili gotovo isključivo na temelju sljedećih djelatnosti: proizvodnja, obrada, prerada ili prodaja dobara ili roba, pronalaženje ili iskorištavanje ruda, tehničko savjetovanje ili tehničke usluge, ili poslovi banaka ili osiguranja. Isto vrijedi i za nekretnine koje služe stalnoj poslovnoj jedinici (članak 6. stavak 4.) kao i za dobit od otuđenja tih nekretnina (članak 13. stavak 1.) i

tung oder Bank- oder Versicherungsgeschäfte. Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).

d) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,

aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder

bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach gehöriger Konsultation der Republik Kroatien auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die sie diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung der notifizierten Einkünfte wird daraufhin durch Steueranrechnung ab dem ersten Tag des Kalenderjahrs, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde, vermieden.

(2) Bei Personen, die in der Republik Kroatien ansässig sind, wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte – mit Ausnahme der unter Buchstabe b fallenden Einkünfte –, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden können, sind in der Republik Kroatien von der Steuer befreit. Für Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Republik Kroatien ansässige Gesellschaft von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der kroatischen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

b) Für die folgenden Einkünfte wird die von der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit diesem Abkommen erhobene Steuer auf die hierauf entfallende kroatische Steuer nach den Regeln des kroatischen Steuerrechts angerechnet:

aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;

bb) Zinsen;

cc) Lizenzgebühren;

dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, sofern es sich nicht um eine Beteiligung handelt, deren Dividenden unter Buchstabe a fallen;

ee) Einkünfte, die nach Artikel 15 Absatz 3 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können;

ff) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen im Sinne des Artikels 16;

gg) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

(3) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, können gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängen-

pokretne imovine koja predstavlja poslovnu imovinu stalne poslovne jedinice (članak 13. stavak 3.).

d) Neovisno o odredbama točke a) dvostruko se oporezivanje izbjegava uračunavanjem poreza prema točki b),

aa) ako se u državama ugovornicama prihodi ili imovina definiraju prema različitim odredbama Ugovora ili se pripisuju različitim osobama (osim prema članku 9.) te se taj konflikt ne uspije riješiti postupkom iz članka 25. stavak 3., i ako se na temelju te različite definicije ili pripisivanja predmetni prihodi ili imovina ne oporezuju ili se oporezuju niže nego što bi se oporezivali da nema toga konflikta, ili

bb) ako Savezna Republika Njemačka nakon odgovarajuće konzultacije s Republikom Hrvatskom diplomatskim putem notificira druge prihode na koje namjerava primjenjivati ovaj stavak. Dvostruko oporezivanje notificiranih prihoda izbjegavat će se nakon toga uračunavanjem poreza od prvoga dana kalendarske godine koja slijedi nakon kalendarske godine u kojoj je notifikacija proslijeđena.

(2) U slučaju rezidenata Republike Hrvatske, porez će se utvrđivati kako slijedi:

a) Prihod koji potječe iz Savezne Republike Njemačke – osim dohotka navedenog pod točkom b) – a koji se u skladu s prethodnim člancima može oporezivati u toj državi, u Republici Hrvatskoj bit će oslobođen od poreza. Prethodne odredbe će se na dividende primijeniti samo ako se te dividende isplaćuju društvu sa sjedištem u Republici Hrvatskoj, od strane društva sa sjedištem u Saveznoj Republici Njemačkoj, čiji kapital neposredno pripada hrvatskom društvu u visini od najmanje 10%, te ako iste pri utvrđivanju dobiti društva koje isplaćuje dividendu nisu odbijene.

b) Glede hrvatskog poreza na dohodak, prema propisima hrvatskog poreznog sustava, a u skladu s ovim Ugovorom, porez plaćen u Saveznoj Republici Njemačkoj uračunat će se u hrvatski porez za sljedeće prihode:

aa) dividende koje ne potpadaju pod a);

bb) kamate;

cc) autorske naknade;

dd) prihode koji se sukladno članku 13. stavak 2. mogu oporezivati u Saveznoj Republici Njemačkoj, ako se ne radi o udjelu čije dividende potpadaju pod a);

ee) prihode koji se sukladno članku 15. stavak 3. mogu oporezivati u Saveznoj Republici Njemačkoj;

ff) naknade za članove nadzornih i upravnih odbora u smislu članka 16.;

gg) prihode športaša i umjetnika.

(3) Prihodi ili imovina rezidenta jedne od država ugovornica koji se prema Ugovoru izuzimaju od oporezivanja u toj državi, mogu se unatoč tomu u toj državi uračunati pri utvrđivanju poreza na preostali dohodak ili imovinu te osobe.

Članak 24.

Jednako postupanje

(1) Državljeni države ugovornice u drugoj državi ugovornici ne smiju biti podvrgnuti oporezivanju ili s tim povezanim obveza-

den Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 5 oder Artikel 12 Absatz 5 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht ent-

ma koje su drukčije ili predstavljaju veći teret od oporezivanja i s tim povezanim obvezama kojima podliježu ili mogu podlijegati državljani te druge države u istim okolnostima, osobito u svezi s rezidentnošću. Neovisno o odredbama članka 1., ova se odredba primjenjuje i na osobe koje nisu rezidenti jedne ili objiju država ugovornica.

(2) Osobe bez državljanstva koje su rezidenti jedne od država ugovornica, u državama ugovornicama ne smiju biti podvrgnuti oporezivanju ili s tim povezanim obvezama koje su drukčije ili predstavljaju veći teret od oporezivanja i s tim povezanim obvezama kojima podliježu ili mogu podlijegati državljani dotične države u istim okolnostima.

(3) Stalna poslovna jedinica koju društvo jedne države ugovornice ima u drugoj državi ugovornici ne smije biti u toj drugoj državi oporezivana nepovoljnije nego što se oporezuju društva te druge države koja obavljaju iste djelatnosti. Ova se odredba ne može tumačiti tako da obvezuje državu ugovornicu da rezidentima druge države ugovornice odobrava osobne odbitke, olakšice ili sniženja pri oporezivanju koje odobrava samo svojim rezidentima.

(4) Osim kada se primjenjuju odredbe članka 9. stavak 1., članka 11. stavak 5. ili članka 12. stavak 5., kamate, autorske naknade i druge naknade koje društvo države ugovornice isplaćuje rezidentu druge države ugovornice, u svrhu utvrđivanja oporezive dobiti tog društva, odbijaju se pod istim uvjetima kao da su isplaćene rezidentu prvospomenute države. Na sličan način, svaki dug društva države ugovornice prema rezidentu druge države ugovornice, u svrhu utvrđivanja oporezive imovine takva društva, odbija se pod istim uvjetima kao da je bio ugovoren s rezidentom prvospomenute države.

(5) Društva države ugovornice čiji je kapital u cijelosti ili dijelom, neposredno ili posredno, u vlasništvu ili pod kontrolom jednog ili više rezidenata druge države ugovornice, u prvospomenutoj državi ne podliježu nikakvom oporezivanju ili s tim povezanim obvezama koje su drukčije ili predstavljaju veći teret od oporezivanja i s tim povezanim obvezama kojima podliježu ili mogu podlijegati slična društva prvospomenute države.

(6) Odredbe ovoga članka vrijede, neovisno o članku 2., za poreze bilo koje vrste i naziva.

Članak 25.

Postupak zajedničkog dogovaranja

(1) Ako osoba smatra da postupci jedne ili objiju država ugovornica kao posljedicu imaju ili će imati oporezivanje koje nije u skladu s odredbama ovoga Ugovora, ona može, neovisno o pravnom lijeku predviđenom u unutarnjem propisu tih država, podnijeti zahtjev nadležnom tijelu države ugovornice čiji je rezident ili, ako je njezin slučaj obuhvaćen člankom 24. stavak 1., tijelu države ugovornice čiji je državljanin. Postupak se mora prijaviti u roku od tri godine od prve obavijesti o postupku koji je doveo do oporezivanja koje nije u skladu s odredbama ovoga Ugovora.

(2) Ako nadležno tijelo smatra da je prigovor opravdan, a ne može ga samostalno riješiti na zadovoljavajući način, nastojat će to učiniti u dogovoru s nadležnim tijelom druge države ugovornice, radi izbjegavanja oporezivanja koje nije u skladu s ovim Ugovorom. Postignuti dogovor provest će se bez obzira na rokove

sprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungs austausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungs austausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke und nur unter den von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vorgeschriebenen Einschränkungen verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen, falls die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats keine Einwendungen dagegen erhebt. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats erfolgen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) für die Erteilung von Informationsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Erstattung der Abzugssteuern

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünfte im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben, so kann der erstgenannte Vertragsstaat die Steuer zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz erheben. Der erstgenannte Vertragsstaat wird die erhobene Steuer auf Antrag des Steuerpflichtigen erstatten, soweit dieser Staat nach dem Abkommen kein oder nur ein beschränktes Besteuerungsrecht hat.

predvidene unutarnjim propisima država ugovornica.

(3) Nadležna tijela država ugovornica nastojat će zajedničkim dogovorom riješiti sve teškoće ili nejasnoće koje se pojave pri tumačenju ili primjeni ovog Ugovora. Ta se tijela mogu dogovorati i o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja u slučajevima koji nisu predvideni ovim Ugovorom.

(4) Nadležna tijela država ugovornica mogu međusobno izravno razmjenjivati mišljenja radi postizanja dogovora u smislu prethodnih stavaka. Ako radi postizanja dogovora treba obaviti usmenu razmjenu mišljenja, to se može učiniti preko komisije sastavljene od predstavnika nadležnih tijela država ugovornica.

Članak 26.

Razmjena obavijesti

(1) Nadležna tijela država ugovornica razmjenjuju obavijesti potrebne za provedbu odredaba ovoga Ugovora ili odredaba unutarnjih propisa država ugovornica koje se odnose na poreze obuhvaćene ovim Ugovorom ako je oporezivanje prema tim zakonima u skladu s ovim Ugovorom. Razmjena obavijesti nije ograničena člankom 1. Sve obavijesti koje primi država ugovornica smatrat će se tajnom kao i podaci dobiveni prema unutarnjim propisima te države, te se mogu priopćiti samo osobama ili tijelima (uključujući sudove i upravna tijela) uključenima u postupak određivanja ili ubiranja poreza iz ovoga Ugovora, odnosno postupak ovrhe ili kaznenog progona ili odlučivanja po pravnim lijekovima koji se odnose na te poreze. Spomenute osobe ili tijela korisit će se tim informacijama samo u navedene svrhe i prema ograničenjima koja su propisana od nadležnog tijela druge države ugovornice. Takve podatke mogu otkriti u javnom sudskom postupku ili sudskoj odluci, ako se nadležno tijelo druge države ugovornice tome ne protivi. Daljnje prosljeđivanje drugim službama moguće je samo uz prethodnu suglasnost nadležnog tijela druge države ugovornice.

(2) Odredbe stavka 1. ne mogu se ni u kojem slučaju tumačiti tako da državi ugovornici nameću obvezu da:

- a) u svrhu davanja obavijesti poduzima upravne mjere suprotne propisima ili upravnoj praksi te ili druge države ugovornice;
- b) daje obavijesti koje se ne mogu dobiti prema propisima ili uobičajenom upravnom postupku te ili druge države ugovornice;
- c) daje obavijesti čije bi otkrivanje povrijedilo obvezu čuvanja trgovačke, poslovne, industrijske, komercijalne ili profesionalne tajne, ili trgovačkih postupaka ili obavijesti čije bi otkrivanje bilo suprotno javnom poretku.

Članak 27.

Povrat poreza po odbitku

(1) Ako se u državi ugovornici porezi na ostvarene dividende, kamate, autorske naknade ili ostale prihode rezidenta druge države ugovornice ubiru po odbitku (na izvoru), prvospomenuta država ugovornica može porez ubrati prema stopi koja je predviđena unutarnjim propisima te države. Prvospomenuta država ugovornica će ubrati porez vratiti na zahtjev poreznog obveznika, ako ta država prema Ugovoru nema ili ima samo ograničeno pravo oporezivanja.

(2) Die Frist für die Einreichung des Antrags auf Erstattung beträgt vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Abzugssteuer auf Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder andere Einkünfte erhoben wurde. Nach Ablauf dieser Frist erlischt das Recht auf Steuererstattung gemäß Absatz 1 Satz 2.

(3) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit in dem anderen Vertragsstaat verlangen.

(4) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 28

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögen im Empfangsstaat wegen der den Diplomaten und Konsularbeamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte zustehenden steuerlichen Vorrechte nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 gilt eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission, einer konsularischen Vertretung oder einer Ständigen Vertretung eines Vertragsstaats ist, die in einem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat gelegen ist, für Zwecke des Abkommens als im Entsendestaat ansässig, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates oder mit außerhalb dieses Staates gelegenen Vermögen nicht steuerpflichtig ist und
- b) im Entsendestaat den gleichen Verpflichtungen bezüglich der Steuer von ihrem gesamten Einkommen oder vom Vermögen unterworfen ist wie in diesem Staat ansässige Personen.

(4) Das Abkommen gilt nicht für internationale Organisationen, ihre Organe oder Beamte sowie nicht für Mitglieder diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates und ihnen nahe stehende Personen, die sich in einem Vertragsstaat aufhalten, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie dort ansässige Personen behandelt werden.

Artikel 29

Nebenurkunden

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 30

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(2) Rok za podnošenje zahtjeva za povrat poreza iznosi četiri godine po isteku kalendarske godine u kojoj je naplaćen porez po odbitku na dividende, kamate, autorske naknade ili druge prihode. Po isteku ovoga roka prestaje pravo na povrat poreza prema stavku 1. rečenica 2. ovoga članka.

(3) Država ugovornica iz koje potječu prihodi može od nadležnog tijela tražiti potvrdu o tome da je osoba rezident druge države ugovornice.

(4) Nadležna tijela mogu zajednički dogovoriti provedbu ovoga članka i eventualno utvrditi druge postupke za provedbu poreznih olakšica ili oslobođenja predviđenih u ovom Ugovoru.

Članak 28.

Diplomatsko i konzularno osoblje

(1) Odredbe ovoga Ugovora ne utječu na porezne povlastice diplomatskih ili konzularnih predstavnika te predstavnika međunarodnih organizacija predviđene općim pravilima međunarodnog prava ili odredbama posebnih ugovora.

(2) Ako se prihodi ili imovina diplomatskog i konzularnog osoblja na temelju poreznih povlastica, koje imaju prema općim pravilima međunarodnog prava ili na temelju posebnih međudržavnih dogovora, ne oporezuju u zemlji u kojoj obavljaju službu, pravo oporezivanja pripada zemlji koju zastupaju.

(3) Neovisno o odredbama članka 4., fizička osoba koja je član diplomatske misije ili konzularnog ureda ili stalnog predstavništva države ugovornice u drugoj državi ugovornici ili u nekoj trećoj državi, za potrebe ovoga Ugovora, smatrat će se rezidentom države koju zastupa,

- a) ako prema međunarodnom pravu u državi u kojoj obavlja službu ne podliježe oporezivanju prihoda iz izvora izvan te države ili oporezivanju imovine koja se nalazi izvan te države i
- b) ako u državi koju zastupa glede poreza na ukupni dohodak ili imovinu podliježe istim obvezama kao i osobe koje su rezidenti te države.

(4) Ovaj se Ugovor ne primjenjuje na međunarodne organizacije, njihova tijela ili službenike i članove diplomatskih misija ili konzularnih ureda neke treće države, niti na njima bliske osobe, koji se nalaze u državi ugovornici, ali niti u jednoj od država ugovornica ne podliježu istim obvezama u svezi poreza na dohodak i na imovinu kojima podliježu i rezidenti te države.

Članak 29.

Dodatne isprave

Priloženi Protokol sastavni je dio ovoga Ugovora.

Članak 30.

Stupanje na snagu

(1) Ovaj Ugovor podliježe ratifikaciji; isprave o ratifikaciji razmijenit će se u Berlinu što je prije moguće.

(2) Ovaj Ugovor stupa na snagu danom razmjene isprava o ratifikaciji i u državama ugovornicama će se primjenjivati:

- a) u pogledu poreza, koji su zadržani na izvoru, na iznose koji će se plaćati na ili nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor stupio na snagu;
- b) u pogledu ostalih poreza, na poreze koji će se ubirati za razdoblja nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor stupio na snagu.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 26. März 1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien außer Kraft

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 31

Kündigung

Dieses Abkommen ist auf unbestimmte Zeit geschlossen, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Berlin am 6. Februar 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und kroatischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) Stupanjem na snagu ovoga Ugovora u odnosima između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske, prestaje vrijediti Ugovor od 26. ožujka 1987. godine između Savezne Republike Njemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja na području poreza na dohodak i imovinu.

- a) u pogledu poreza, koji su zadržani na izvoru, na iznose koji će se plaćati na ili nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor stupio na snagu;
- b) u pogledu ostalih poreza, na poreze koji će se ubirati za razdoblja nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor stupio na snagu.

Članak 31.

Otkaz

Ovaj Ugovor zaključen je na neodređeno vrijeme, s tim da ga svaka država ugovornica može otkazati, pisano diplomatskim putem, do 30. lipnja svake kalendarske godine nakon isteka razdoblja od pet godina od dana njegova stupanja na snagu; u tome se slučaju Ugovor više ne primjenjuje

- a) u pogledu poreza, koji su zadržani na izvoru, na iznose koji se plaćaju na ili nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor otkazan;
- b) u pogledu ostalih poreza, na poreze koji se ubiru za razdoblja nakon 1. siječnja kalendarske godine koja slijedi godinu u kojoj je ovaj Ugovor otkazan.

Za izračun roka mjerodavan je dan prispjeća obavijesti o otkazu drugoj državi ugovornici.

Sastavljeno u Berlinu, dana 6. veljače 2006., u dva izvornika, svaki na njemačkom i hrvatskom jeziku, od kojih su svi tekstovi jednako vjerodostojni.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Saveznu Republiku Njemačku
Frank Steinmeier

Für die Republik Kroatien
Za Republiku Hrvatsku
K. Grabar

Protokoll
zum Abkommen vom 6. Februar 2006
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kroatien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Protokol
uz Ugovor od 6. veljače 2006
između Savezne Republike Njemačke
i Republike Hrvatske
o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja
porezima na dohodak i na imovinu

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende in diesem Protokoll – das Bestandteil des genannten Abkommens ist – enthaltene Bestimmungen vereinbart:

1. Zu Artikel 7:

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage der Vergütung ermittelt, die der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist;
- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.

2. Zu Artikel 11:

Wenn ein Vertragsstaat sein Besteuerungsrecht auf Zinsen, die an nicht ansässige Personen gezahlt werden, nach Inkrafttreten dieses Abkommens durch nationales Recht begründet beziehungsweise ausweitet, werden auf Antrag eines Vertragsstaats beide Vertragsstaaten Verhandlungen darüber aufnehmen, wie Artikel 11 angepasst werden kann.

3. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

Prilikom potpisivanja Ugovora između Savezne Republike Njemačke i Republike Hrvatske o izbjegavanju dvostrukog oporezivanja porezima na dohodak i na imovinu za to propisno ovlaštteni su u ovom Protokolu – koji je sastavni dio navedenog Ugovora – osim toga dogovorili sljedeće odredbe:

1. Uz članak 7.:

- a) Ako društvo rezident države ugovornice preko stalne poslovne jedinice u drugoj državi ugovornici prodaje dobra ili robu, ili ako tamo obavlja poslovnu djelatnost, onda se dobit te stalne poslovne jedinice ne utvrđuje na temelju ukupnog iznosa koji je za to ostvaren od društva, već samo na temelju naknade koja se treba pripisati stvarnoj prodajnoj ili poslovnoj djelatnosti stalne poslovne jedinice;
- b) Ako društvo u drugoj državi ugovornici ima stalnu poslovnu jedinicu, onda se u slučaju ugovora, posebice o nacrtima, isporukama, ugradnji ili proizvodnji industrijskih, trgovačkih ili znanstvenih oprema i uređaja ili javnih narudžbi, dobit te stalne poslovne jedinice ne utvrđuje na temelju ukupne ugovorne cijene već samo na temelju onoga dijela ugovora koji stalna poslovna jedinica stvarno obavlja u državi ugovornici u kojoj se ona nalazi. Dobit na temelju isporuka robe stalnoj poslovnoj jedinici ili dobit ostvarena u svezi s onim dijelom ugovora koji se obavlja u državi ugovornici u kojoj je sjedište matične kuće društva, može se oporezivati samo u toj državi.

2. Uz članak 11.:

Ako država ugovornica svoje pravo na oporezivanje kamata koje se isplaćuju osobama koje nisu rezidenti te države, nakon što je ovaj Ugovor stupio na snagu, zasniva odnosno proširi na temelju unutarnjih propisa, obje će države ugovornice na zahtjev jedne od država ugovornica započeti pregovore o tome na koji se način može prilagoditi članak 11.

3. Uz članak 10. i 11.:

Neovisno o člancima 10. i 11., dividende i kamate mogu se oporezivati prema zakonima države ugovornice u kojoj su nastale, ako

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und
- b) bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

4. Zu Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c):

Beide Vertragsstaaten sind sich einig, dass der Bereich der in Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c) genannten Tätigkeiten im gegenseitigen Einvernehmen der zuständigen Behörden erweitert werden kann. Dabei sind § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes für Tätigkeiten zu beachten.

5. Zu Artikel 26:

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- b) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung solcher Daten vorzunehmen.
- c) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- d) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- e) Die übermittelten personenbezogenen Daten sind zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- f) Die übermittelnde und empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

- a) se zasnivaju na pravima ili potraživanjima s udjelom u dobiti (uključujući prihode tajnoga člana društva na temelju njegova udjela kao tajnog člana društva ili prihoda od parcijarnih zajmova ili obveznica s udjelom u dobiti u smislu poreznih zakona Savezne Republike Njemačke), i
- b) se pri utvrđivanju dobiti dužnika dividende ili kamate mogu odbiti.

4. Uz članak 23. stavak 1. točka c):

Obje su države ugovornice suglasne da se područje djelatnosti navedenih u članku 23. stavak 1. točka c), može proširiti u skladu s međusobnim dogovorom nadležnih tijela. Pritom treba uzeti u obzir članak 8. stavak 1. točka 1. – 6. njemačkog Zakona o inozemnom porezu za djelatnosti.

5. Uz članak 26.:

Ako se na temelju ovoga Ugovora prema unutarnjim propisima dostavljaju podaci koji se odnose na osobe, primjenjuju se i sljedeće odredbe uzimajući pritom u obzir pravne propise svake ugovorne strane:

- a) Primatelj obavještava službu koja dostavlja podatke na njezin zahtjev o načinu na koji su ti podaci korišteni i o tako ostvarenim rezultatima.
- b) Služba koja dostavlja podatke obvezna je voditi računa o točnosti podataka koje dostavlja kao i o potrebi i razmjernosti u odnosu na svrhu koja se želi postići dostavljanjem. Pritom se treba pridržavati zabrana glede prosljeđivanja obavijesti koje su na snazi prema unutarnjim propisima. Ako se ustanovi da su prosljeđeni netočni podaci ili podaci koji se nisu smjeli prosljeđiti, o tome odmah treba obavijestiti primatelja, koji je obavezan te podatke ispraviti ili uništiti.
- c) Osobu o kojoj je riječ mora se, na njezin zahtjev, informirati o prosljeđenim obavijestima i u koju će se svrhu koristiti. Obveza davanja obavijesti ne postoji, ako se smatra da je javni interes u slučaju nedavanja obavijesti, veći od interesa dotične osobe da dobije te informacije. Inače, pravo dotične osobe da dobije informacije o podacima koje o njoj postoje ravna se prema unutarnjim propisima države ugovornice na čijem se području podnosi zahtjev za informacijom.
- d) Ako se osoba zbog prosljeđivanja obavijesti u okviru razmjerne podataka na temelju ovoga Ugovora protuzakonito ošteti, za to prema njoj odgovara služba koja je dobila obavijesti sukladno svojim unutarnjim propisima. Ta se služba prema oštećenoj osobi ne može pozivati na to da je štetu prouzročila služba koja je dala obavijesti.
- e) Prosljeđeni podaci koji se odnose na osobu moraju se poništiti čim više ne budu potrebni za svrhu za koju su prosljeđeni.
- f) Služba koja prosljeđuje podatke i služba koja ih prima obvezne su u spisu zabilježiti prosljeđivanje i primitak podataka koji se odnose na osobu.
- g) Služba koja prosljeđuje podatke i služba koja ih prima obvezne su prosljeđene podatke koji se odnose na osobu djelotvorno zaštititi od neovlaštena pristupa, neovlaštenih izmjena ili neovlaštene objave.

Denkschrift zum Abkommen und zum Protokoll

I. Allgemeines

Das in Berlin am 6. Februar 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung löst das alte, noch mit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien abgeschlossene und im Verhältnis zur Republik Kroatien weiter geltende Abkommen vom 26. März 1987 (BGBl. 1988 II S. 745) ab. Dieses Abkommen ist durch die wirtschaftliche Entwicklung Kroatiens überholt und muss deshalb durch einen modernen und den Anforderungen der gegenwärtigen Verhältnisse besser angepassten Vertrag ersetzt werden. Das Abkommen entspricht weitgehend dem OECD-Musterabkommen. Hierdurch trägt es zur Vereinheitlichung auf diesem Gebiet bei.

Das Protokoll mit einigen das Abkommen ergänzenden Regelungen ist Bestandteil des Abkommens.

Da die Abkommensverhandlungen bereits in 1999 beendet wurden, liegt dem Abkommen das OECD-Musterabkommen von 1992 zugrunde. Diesem weitgehend folgend, regeln die Artikel 1 bis 5 den Geltungsbereich des Vertrages sowie die für die Anwendung des Abkommens notwendigen allgemeinen Begriffsbestimmungen. Die Artikel 6 bis 22 weisen dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Besteuerungsrechte für die einzelnen Einkunftsarten und für das Vermögen zu. Artikel 23 enthält die Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch den Ansässigkeitsstaat für die Einkünfte und Vermögenswerte, die der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuern darf. Die Artikel 24 bis 31 regeln den Schutz vor Diskriminierung, die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten des Abkommens sowie andere Fragen. Das Protokoll ergänzt das Abkommen um einige klarstellende Bestimmungen sowie um die Klauseln zum Schutz personenbezogener Daten. Beide Delegationen hielten im Memorandum vom 1. Juli 1999 ihre gemeinsame Auffassung fest, wonach beide Staaten bei der Anwendung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen ihre nationalen Vorschriften zur Vermeidung von Steuerumgehungen und Abkommensmissbrauch anwenden können.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen Anwendung findet (subjektiver Geltungsbereich).

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bezeichnet die in den Geltungsbereich des Abkommens fallenden Steuern.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel enthält in Absatz 1 allgemeine Begriffsbestimmungen für einige im Abkommen verwendete Begriffe, die für die Anwendung des Abkommens von besonderer Bedeutung sind. Absatz 2 enthält die

übliche Regel, dass im Abkommen nicht bestimmte Begriffe entsprechend dem nationalen Steuerrecht des das Abkommen anwendenden Vertragsstaats auszulegen sind, wenn der Abkommenszusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel bestimmt den für den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgeblichen Begriff der Ansässigkeit. Nach Absatz 1 wird hierbei grundsätzlich an das innerstaatliche Recht der Vertragsstaaten angeknüpft. In den Fällen der Doppelansässigkeit regeln die Absätze 2 und 3 nach bestimmten Merkmalen, welcher der beiden Staaten für die Abkommensanwendung als Ansässigkeitsstaat gilt. Absatz 4 fingiert die Ansässigkeit von Personengesellschaften und dient damit der Gleichbehandlung deutscher Personengesellschaften mit kroatischen Personengesellschaften.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt den Begriff der Betriebsstätte, der die Grundlage der Besteuerung gewerblicher Einkünfte bildet.

In Absatz 1 wird der Ausdruck „Betriebsstätte“ allgemein umschrieben. Eine nicht abschließende Aufzählung von typischen Beispielen enthält Absatz 2. Bauausführungen und Montagen gelten nach Absatz 3 nur dann als Betriebsstätten, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet. Absatz 4 enthält die Negativabgrenzung zum Begriff der Betriebsstätte. Die Absätze 5, 6 und 7 enthalten weitere dem OECD-Musterabkommen nachgebildete Abgrenzungsvorschriften zum abhängigen und unabhängigen Vertreter sowie zur Eigenständigkeit von verbundenen Gesellschaften.

Zu Artikel 6

Die Absätze 1 und 3 bestimmen, dass Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen oder der Nutzung von unbeweglichem Vermögen im Belegenheitsstaat besteuert werden können. Absatz 4 stellt klar, dass die Regelungen in Artikel 6 den Bestimmungen in Artikel 7 (Unternehmensgewinne) und Artikel 14 (selbständige Arbeit) vorgehen, soweit es sich um Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines gewerblichen Unternehmens oder um Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient, handelt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der gewerblichen Gewinne.

Absatz 1 enthält das Betriebsstättenprinzip. Hiernach darf ein Vertragsstaat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen mit Sitz im anderen Vertragsstaat nur insoweit besteuern, als der Gewinn einer in seinem Gebiet gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen ist.

Die Absätze 2 bis 6 enthalten Ermittlungs- und Zurechnungsvorschriften für Betriebsstättengewinne. Nummer 1 Buchstabe a und b des Protokolls zum

Abkommen enthält hierzu klarstellende und ergänzende Regelungen wie den Ausschluss des Attraktionsprinzips.

Absatz 7 bestimmt die Nachrangigkeit der Betriebsstättenbesteuerung zu den übrigen durch das Abkommen geregelten Einkunftsarten.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, dass Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen, Binnenschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr abweichend vom Betriebsstättenprinzip nur in dem Staat besteuert werden dürfen, in dem das Unternehmen ansässig ist, das die Schiffe oder Luftfahrzeuge betreibt.

Absatz 3 stellt klar, dass auch Einkünfte aus der Vercharterung von leeren Seeschiffen und Luftfahrzeugen oder Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie aus der Nutzung oder Vermietung von Containern zu den Einkünften im Sinne dieses Artikels gehören können.

Absatz 4 bestimmt den Sitzstaat, wenn der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung an Bord eines See- oder Binnenschiffes ist.

Absatz 5 regelt, dass Absatz 1 auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle gilt.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel regelt, dass das Abkommen einer Berichtigung von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Dividenden.

Absatz 1 enthält den Grundsatz, dass die Dividendenausschüttungen im Wohnsitzstaat des Anteilseigners besteuert werden dürfen.

Nach Absatz 2 darf daneben auch der Quellenstaat eine Steuer erheben. Diese Steuer darf jedoch 5 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft ist, die mindestens 10 v. H. der Anteile an der ausschüttenden Gesellschaft hält. In den übrigen Fällen darf die Quellensteuer grundsätzlich 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

Absatz 3 bestimmt den Begriff der Dividenden im Einzelnen. Die Absätze 4 und 5 enthalten den Betriebsstättenvorbehalt und ergänzende Bestimmungen zur Abgrenzung des Besteuerungsrechts, die auch im OECD-Musterabkommen vorgesehen sind.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht ausschließlich dem Wohnsitzstaat des Gläubigers der Zinsen zu. Nach Nummer 2 des Protokolls verpflichten sich die Vertragsstaaten auf Antrag eines Vertragsstaates, über eine Quellenbesteuerung in Artikel 11 zu verhandeln, wenn nach Inkrafttreten dieses Abkommens ein Vertragsstaat durch nationales Recht ein allgemeines Besteuerungsrecht auf Zinsen an nicht in diesem Vertragsstaat ansässige Personen begründet oder ausweitet.

Entsprechend der deutschen DBA-Politik hat sich Deutschland durch Nummer 3 des Protokolls eine Quellenbesteuerung gesichert, soweit die Zahlungen auf Rechten und Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen und sich bei der Gewinnermittlung des Schuldners gewinnmindernd auswirken.

Die Absätze 2 bis 5 enthalten die Definition des Zinsbegriffs, den Betriebsstättenvorbehalt, eine Vorschrift zur Vermeidung einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Abkommensvorteilen bei der Zinsbesteuerung und andere ergänzende Bestimmungen, die dem OECD-Musterabkommen entsprechen.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

Absatz 1 bestimmt, dass Lizenzgebühren ausschließlich im Wohnsitzstaat des Gläubigers besteuert werden dürfen.

Die Absätze 2 bis 5 enthalten die Definition der Lizenzgebühren, den Betriebsstättenvorbehalt, eine Missbrauchsvermeidungsvorschrift und andere dem OECD-Musterabkommen entnommene, ergänzende Bestimmungen.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Nach Absatz 5 ist das Besteuerungsrecht für Veräußerungsgewinne grundsätzlich allein dem Wohnsitzstaat vorbehalten.

Der Quellenstaat hat jedoch nach den Absätzen 1 und 2 ebenfalls ein Besteuerungsrecht für Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen, von Aktien an Gesellschaften mit überwiegendem Grundbesitz in diesem Staat, von beweglichem Betriebsstättenvermögen und von beweglichem Vermögen einer der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit dienenden festen Einrichtung.

Bei den Gewinnen aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat ist oder zu einer festen Einrichtung im anderen Vertragsstaat gehört, hat nach Absatz 3 der Quellenstaat das Besteuerungsrecht.

Bei den Gewinnen aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, hat nach Absatz 4 ausschließlich der Ansässigkeitsstaat des das See-, Binnenschiff oder Luftfahrzeug betreibenden Unternehmens das Besteuerungsrecht.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit.

Nach Absatz 1 steht das Besteuerungsrecht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Nur soweit Einkünfte in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene feste Einrichtung erzielt werden, hat der Tätigkeitsstaat ein Besteuerungsrecht. Absatz 2 enthält die Definition des Begriffs „freier Beruf“.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel befasst sich mit der Besteuerung der Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit.

Grundsätzlich hat nach Absatz 1 der Staat das Besteuerungsrecht, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird.

Werden jedoch Arbeitnehmer inländischer Unternehmer nur vorübergehend im anderen Vertragsstaat tätig, so wird dieser Grundsatz durch Absatz 2 unter bestimmten Voraussetzungen zugunsten des Wohnsitzstaats eingeschränkt.

Bei gewerblicher Arbeitnehmerüberlassung steht nach Absatz 3 stets dem Tätigkeitsstaat das Besteuerungsrecht zu.

Das Bordpersonal von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr kann nach Absatz 4 im Ansässigkeitsstaat des das See- oder Binnenschiff oder Luftfahrzeug betreibenden Unternehmens besteuert werden.

Mit Absatz 5 wird geregelt, dass unter bestimmten Voraussetzungen Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, die im Ansässigkeitsstaat geleistet werden, bei einer Besteuerung im Tätigkeitsstaat genauso steuerlich berücksichtigt werden, als seien sie in die gesetzliche Sozialversicherung des Tätigkeitsstaates gezahlt worden.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Dieser Artikel befasst sich mit der Besteuerung von Künstlern und Sportlern.

Nach Absatz 1 dürfen Künstler und Sportler stets im Tätigkeitsstaat besteuert werden.

Dies gilt nach Absatz 2 auch, wenn die Einkünfte dem Künstler oder Sportler nicht unmittelbar selbst zufließen.

Das Besteuerungsrecht geht nach Absatz 3 auf den Wohnsitzstaat über, wenn der Aufenthalt des Künstlers oder Sportlers im anderen Staat ganz oder überwiegend durch den Wohnsitzstaat oder eine dortige, als gemeinnützig anerkannte Einrichtung finanziert wird.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Ruhegehältern und ähnlichen Vergütungen sowie Renten.

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht für diese Zahlungen – mit Ausnahme der Pensionen aus öffentlichen Kassen – grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu.

Bei Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung hat nach Absatz 2 jedoch der Kassenstaat das alleinige Besteuerungsrecht.

Bei Kriegsrenten, Wiedergutmachungsleistungen und ähnlichen Zahlungen hat nach Absatz 3 ebenfalls der Kassenstaat das alleinige Besteuerungsrecht.

Absatz 4 enthält eine Definition des Begriffs „Rente“.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Vergütungen aus einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst.

Nach Absatz 1 kann grundsätzlich nur der Kassenstaat diese Vergütungen besteuern. Dies gilt auch dann, wenn die Tätigkeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Das Besteuerungsrecht geht auf den Tätigkeitsstaat über, wenn der Vergütungsempfänger ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder im Tätigkeitsstaat nicht ausschließlich deshalb ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten (Ortskräfte).

Entsprechendes gilt nach Absatz 2 für Ruhegehälter im öffentlichen Dienst.

Absatz 3 enthält die Regelung, dass für Vergütungen aus unselbständiger Arbeit im Zusammenhang mit gewerblicher Tätigkeit eines Vertragsstaats die allgemeinen Regeln des Abkommens gelten.

Nach Absatz 4 gilt das Kassenstaatsprinzip auch für Vergütungen an entsandtes Personal im Rahmen von staatlichen Entwicklungshilfeprogrammen sowie nach Absatz 5 auch für Vergütungen an Mitarbeiter des Goethe-Instituts und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) sowie anderer vergleichbarer Einrichtungen, auf die sich die Vertragsstaaten verständigen können.

Zu Artikel 20

Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen zur Förderung des Austauschs von Lehrkräften, Studenten und Auszubildenden (einschließlich Praktikanten) Zahlungen aus ausländischen Quellen an diesen Personenkreis im Gaststaat unter bestimmten Bedingungen nicht besteuert werden; für Lehrende gilt diese Bestimmung nur für einen Aufenthalt von höchstens zwei Jahren.

Zu Artikel 21

Nach Absatz 1 können alle nicht ausdrücklich im Abkommen genannten Einkünfte nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden.

Das gilt nach Absatz 2 dieses Artikels jedoch nicht, wenn die Einkünfte einer im anderen Staat belegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung zuzuordnen sind (Betriebsstättenvorbehalt).

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens.

Nach Absatz 4 hat grundsätzlich nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht.

Unbewegliches Vermögen und Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit dienenden festen Einrichtung gehört, kann abweichend von diesem Grundsatz nach den Absätzen 1 und 2 durch den Belegenheitsstaat besteuert werden.

Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen dürfen nach Absatz 3 nur im Ansässigkeitsstaat des die Schiffe oder Luftfahrzeuge betreibenden Unternehmens besteuert werden.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Ansässigkeitsstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten behebt, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Deutschland vermeidet nach Absatz 1 eine Doppelbesteuerung bei den wichtigsten Einkünften, wie z. B. bei Einkünften aus einer Betriebsstätte in Kroatien und bei Dividendenausschüttungen einer in Kroatien ansässigen Gesellschaft bei einer Mindestbeteiligung von 10 v. H., nach Absatz 1 Buchstabe a durch Freistellung.

Für die (derzeit nicht zu erhebende) Vermögensteuer des in Absatz 1 Buchstabe a genannten Vermögens gilt ebenfalls die Freistellungsmethode.

Bei Einkünften, die nicht nach Absatz 1 Buchstabe a von der deutschen Steuer freigestellt werden, wird die Doppelbesteuerung nach Absatz 1 Buchstabe b durch Anrechnung der kroatischen Steuer auf die deutsche Steuer beseitigt. Dies gilt insbesondere für Divиденденbezüge aus im Streubesitz gehaltenen Anteilen, Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen sowie für Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

Deutschland sichert sich in Absatz 1 Buchstabe c im Falle bestimmter Tätigkeiten das Recht, eine Doppelbesteuerung statt durch die Freistellungsmethode nach Buchstabe a durch die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b zu vermeiden. Nummer 4 des Protokolls ermöglicht dabei eine Erweiterung dieser Aktivitätsklausel. Hiernach kann im gegenseitigen Einvernehmen der Bereich der in Absatz 1 Buchstabe c genannten Tätigkeiten erweitert werden, wobei sich die Vertragsstaaten am bisherigen Rahmen passiver Tätigkeiten orientieren.

Darüber hinaus hat sich Deutschland in Absatz 1 Buchstabe d im Interesse der Vermeidung einer doppelten Steuerbefreiung oder einer sonstigen ungerichtfertigten Inanspruchnahme des Abkommens einen Wechsel von der Freistellungs- zur Anrechnungsmethode vorbehalten.

Kroatien behebt nach Absatz 2 die Doppelbesteuerung grundsätzlich durch Freistellung. Kroatien beseitigt durch Anrechnung der deutschen Steuer auf die kroatische Steuer die Doppelbesteuerung insbesondere für Divиденденbezüge aus im Streubesitz gehaltenen Anteilen, Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen sowie für Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

Die Vertragsstaaten haben sich in Absatz 3 das Recht gesichert, Einkünfte, die nach diesem Abkommen von der Steuer freigestellt sind, in den Progressionsvorbehalt einzubeziehen.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel soll entsprechend dem OECD-Musterabkommen steuerliche Diskriminierungen verhindern.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, dass sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen beseitigen. Hierzu können die zuständigen Behörden unmittelbar miteinander verkehren.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel regelt den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten entsprechend dem OECD-Musterabkommen in der bei Abschluss der Verhandlungen geltenden Fassung.

Nummer 5 des Protokolls zum Abkommen enthält einige zusätzliche Vorschriften zum Schutz von personenbezogenen Daten (Datenschutzklausel).

Zu Artikel 27

Dieser Artikel enthält die verfahrensmäßigen Regelungen zur Umsetzung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen bzw. -befreiungen. Klarstellend wird festgestellt, dass das Abkommen das Recht des Quellenstaats auf Vornahme eines Steuerabzugs nicht berührt.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel bestimmt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen diplomatischen und konsularischen Vorrechten und enthält entsprechend der Tz. 2 bis 4 des OECD-Kommentars zu Artikel 28 OECD-Musterabkommen Zusatzbestimmungen.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel weist auf das zum Abkommen zugehörige Protokoll hin.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Hiernach tritt das Abkommen am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und wird ab dem 1. Januar des darauf folgenden Jahres anzuwenden sein. Mit Inkrafttreten des neuen Abkommens tritt das alte, noch mit der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien abgeschlossene Abkommen vom 26. März 1987 im Verhältnis zur Republik Kroatien außer Kraft und wird ab dem 1. Januar des darauf folgenden Jahres nicht mehr anzuwenden sein.

Zu Artikel 31

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine mögliche Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.

